

Zitierhinweis

Kaser, Karl: Rezension über: Loïc Wacquant, Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 2009, in: Südost-Forschungen, --, 68 (2009), S. 690-695, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/0261bb148cf869c17ce2de540875e80a>



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

deutlich, dass die Instrumentalisierung der Geschichtswissenschaft für politische Zwecke sich im Kalten Krieg keineswegs auf die kommunistisch regierten Länder beschränkte.

Kiel

Michael Schmidt-Neke

Sabine HERING / Berdeke WAALDIJK, Helfer der Armen – Hüter der Öffentlichkeit. Die Wohlfahrtsgeschichte Osteuropas 1900-1960. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich 2006. 178 S., ISBN 3-938094-58-3, € 36,-

Social Care under State Socialism (1945-1989). Hg. Sabine HERING. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich 2009. 268 S., ISBN 978-3-86649-168-7, € 28,-

Loïc WACQUANT, Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit. Opladen, Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich 2009. 359 S., ISBN 978-3-86649-188-5, € 29,90

Ökonomische Transformation unter den Vorzeichen eines neoliberalen Wirtschaftsverständnisses wurde den postkommunistischen Staaten des östlichen Europa vor rund zwei Jahrzehnten von den internationalen Finanzorganisationen sowie von der EU (damals noch EG) zu einer der Vorbedingungen für die Gewährung von Staatskrediten und für eine Annäherung an die EU gemacht. Den „Schnellstartern“ in dieser Hinsicht, Polen und die damals noch bestehende Tschechoslowakei, sollten die übrigen Staaten mehr oder weniger geradlinig folgen. Ob dieser unvermeidlich scheinende Weg jemals von einer aufmerksamen Geschichtsschreibung als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet werden wird, bleibt vorläufig dahingestellt.

Aus gegenwärtiger Sicht stehen sich zwei Beobachtungen gegenüber: 1) nach einer mehr oder weniger langanhaltenden ökonomischen Talsohle haben es die ost- und südosteuropäischen Länder geschafft, die spätkommunistischen Wirtschaftsleistungen wieder zu erbringen und sie mehr oder weniger deutlich zu übertreffen; 2) die ökonomische Radikalkur hinterließ deutliche soziale Spuren, indem sie formal klassenlose Gesellschaften wieder in sozioökonomische Klassengesellschaften re-formierte. Diese weisen freilich ein völlig anderes Profil auf als jene in vorkommunistischer Zeit. Die Abhängigkeit von Investitionen aus westlichen, postindustriell geprägten Ökonomien, die es an sozialen Sicherheiten für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zunehmend missen lassen, hat in den Ländern des östlichen und südöstlichen Europa die neue Form eines fragmentierten Proletariats hervorgebracht, das, praktisch ohne gewerkschaftlichen Schutz dastehend, einer zunehmend globalen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt ist. In der Hektik der Umgestaltungsprozesse wurde erst allmählich klar, dass es soziale Verlierer, Männer wie Frauen, geben wird; das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer institutionalisierten Sozialarbeit für die vielen, die auf der Strecke bleiben, konnte daher erst langsam reifen. Diese neue gesellschaftliche Aufgabenstellung ließ auch das Interesse an der Bearbeitung eines bislang

völlig unbeachteten Themas der Sozialgeschichte des östlichen und südöstlichen Europa erwachen – der Geschichte der Sozialarbeit.

Was die Geschichtswissenschaften u. a. ständig in Bewegung hält, sind neu auftauchende gesellschaftliche Probleme oder zumindest Phänomene, die ohne die Klärung ihrer historischen Wurzeln nicht hinreichend verständlich werden. Die gegenwärtige Problemlage kann ausreichend klar umrissen werden: Die Wirtschaftsleistung der ost- und südosteuropäischen Staaten ist wesentlich geringer als etwa jene der nordwesteuropäischen. Länder wie Dänemark, Schweden oder Norwegen weisen etwa eine um das zehn- bis fünfzehnfach höhere Wirtschaftsleistung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) als Länder wie Bulgarien oder Rumänien und eine drei- bis fünffach höhere verglichen mit einem Land wie Estland auf. Diese enorme ökonomische Differenz innerhalb der EU hat in vielen Bereichen Konsequenzen, vor allem jedoch für die Höhe von sozialen Transferleistungen von Staaten. Länder wie Schweden (30,9 %), Dänemark (29,3 %) und Norwegen (23,4 %) wiesen diesem Transfer im Jahr 2005 nicht nur höhere Budgetanteile als Länder wie Rumänien (13,9 %), Bulgarien (15,5 %) oder Estland (12,3 %) zu;¹ die Armut in den postsozialistischen Ländern ist wesentlich höher und weiter verbreitet und die Budgets wesentlich geringer als jene im Nordwesten Europas. Während das gegenwärtige Budget Ungarns etwa 82 Milliarden Euro ausmacht, kann das an Einwohnern und Einwohnerinnen etwa gleiche Schweden 260 Milliarden Euro, also etwa das Vierfache ausgeben. Zwischen den ebenfalls bevölkerungsmäßig etwa gleich starken Staaten Dänemark und Slowakei steht das Verhältnis 177 Milliarden zu 47 Milliarden Euro, also etwa in ähnlicher Relation. Zu diesen staatlichen Transfers kommen noch die Leistungen von sozial-karitativen Organisationen, die in den erwähnten nordwesteuropäischen Staaten nicht nur wesentlich zahlreicher als in der verarmten EU-Peripherie, sondern auch wesentlich potenter sind. Während im Westen über Modelle eines von Arbeit entkoppelten Mindesteinkommens diskutiert wird, reichen in der europäischen Wirtschaftsperspektive die staatlich garantierten Mindestpensionen nicht einmal oder gerade noch für das nackte Überleben. Diese ökonomischen Disparitäten weisen eine lange Geschichte auf, der hier nicht nachgegangen werden kann. Sie nehmen jedoch eher zu statt ab; in der sozialistischen Ära konnte diesem Auseinanderdriften zwischen Ost und West entgegengewirkt, jedoch nicht Einhalt geboten werden.

Eine umfassende Geschichte von Industrialisierung und Gewerkschaften sowie die Geschichte der Frauen kann ohne eine ihrer zentralen Aspekte, nämlich Sozialarbeit bzw. soziale Wohlfahrt, nicht geschrieben werden. Im westlichen Europa weist die Geschichte der sozialen Fürsorge bis in das Mittelalter zurück, erhielt in der Phase der Industrialisierung einen mächtigen Aufschwung und mündete in verschiedene Formen des Wohlfahrtsstaates. In den meisten Ländern des östlichen und südöstlichen Europa mit ihrer vergleichsweise späten Industrialisierung spielte Sozialarbeit historisch eine wesentlich geringere Rolle, da sie entweder in auf bäuerlicher Subsistenz aufbauenden vorindustriellen Gesellschaften kein vordringliches Problem darstellte oder in sozialistischer Zeit ideologisch bedingt unterdrückt wurde.

Eine umfassende Geschichte der Sozialarbeit, der staatlichen wie privaten Daseinsvorsorge und der Gesundheitspolitik (mit ihren eugenischen Abwegen) für das östliche und südöstliche Europa wird noch länger nicht geschrieben werden können, da es dazu noch

an Forschungen mangelt; solide Anfänge sind mit den beiden von Hering und Hering/Waaldijk herausgegebenen Werken, erschienen im Verlag Barbara Budrich, allerdings getan. Sie stellen zweifellos Pionierarbeiten dar. Hering ist ausgebildete Soziologin, gründete 1983 das „Archiv der deutschen Frauenbewegung“ in Kassel und ist seit 1993 Professorin für Sozialpädagogik, Geschlechter- und Wohlfahrtsgeschichte an der Universität Siegen. In Zusammenarbeit mit dem 2001 gegründeten „Network of Historical Studies on Gender and Social Work“ und der Volkswagen-Stiftung war es ihr möglich, Mitte der 1990er Jahre Forscherinnengruppen aus acht osteuropäischen Ländern zwei Jahre lang an der Geschichte der Sozialarbeit in Kroatien, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Lettland, Polen und Russland arbeiten zu lassen. Dies geschah darüber hinaus in komparatistischer Absicht, um einerseits die unterschiedlichen kulturellen, religiösen und ökonomischen Rahmenbedingungen für das Entstehen und die Entwicklung der Sozialarbeit in diesen Ländern selbst und andererseits Unterschiede und Gemeinsamkeiten des europäischen Ostens im Vergleich zu den frühen Industrieländern des europäischen Westens zum Ausdruck zu bringen.

Der Band von Hering/Waaldijk befasst sich mit den Anfängen der Sozialarbeit und endet mit der Etablierung einer neuen Sozialpolitik in den sozialistisch gewordenen Ländern um 1960; der von Hering allein herausgegebene Band fokussiert auf die sozialistische Ära von ihren Anfängen bis zu ihrem Ende. Ersterer weist die typische Struktur eines Forschungsberichts auf, der über längere Abschnitte hinweg auf „soziale Arbeit und Geschichte“ (Walter Lorenz), die „vergleichende Geschichte der Wohlfahrtspflege und ihre internationalen Dimensionen“ (vermutlich von den beiden Herausgeberinnen stammend), den „Einfluss von Kulturen, Konfessionen und Ideologien auf die Wohlfahrtsgeschichte Osteuropas – Vergleiche und Herausforderungen“ (Sabine Hering) sowie „Macht und Politik: Politik, Gender und Ausbildung in der osteuropäischen Sozialfürsorge“ (Berteke Waaldijk) eingeht. Es folgen schließlich die von Dagmar Schulte bearbeiteten, vermutlich im Vergleich zum Original stark gekürzten acht Länderberichte, deren Grundlagen von den Mitarbeiterinnen in dem Forschungsprojekt erstellt worden sind. Eine von Kurt Schilde eingeleitete Bibliographie ausgewählter deutschsprachiger Literatur zur Geschichte der Sozialarbeit in Osteuropa schließt einen Band ab, der auch in englischer Übersetzung als „Guardians of the Poor – Custodians of the Public. Welfare History in Eastern Europe 1900-1960“ erschienen ist. Beide Versionen wurden in diesem einen Band vereinigt.

Als eines der wichtigsten Ergebnisse heben die Herausgeberinnen hervor, dass anfangs „viele Ideen und Praktiken der Wohlfahrtspflege in grenzüberschreitender Kooperation entwickelt worden sind und Teil internationaler Bewegungen waren“ (32f.), dass die Sozialarbeit bei Weitem nicht immer von staatlichen Initiativen inspiriert worden ist, sondern auf lokale und regionale Initiativen auf konfessioneller (katholischer, orthodoxer und muslimischer) oder ethnischer Grundlage zurückgehen und von Frauen getragen wurden. Waaldijk hebt hervor, dass die Professionalisierung der Sozialarbeit nicht losgelöst von der Geschichte der Frauenbewegung und dem Kampf um die Emanzipation der Frau gesehen werden könne (83). In allen Länderberichten wird betont, dass der Übergang zum Sozialismus mit der völligen Entprivatisierung und Verstaatlichung der Sozialarbeit und dem Nutzungsverzicht auf die reichen Erfahrungen „bourgeoiser“ Sozialarbeit einhergeht. Sozialarbeit ging in

einer Sozialpolitik auf, von der man glaubte, dass sie soziale Probleme automatisch und umfassender als bisher lösen würde.

Was an diesem Band irritiert oder sogar ärgerlich wirkt, sind die vielen falschen Jahresangaben und inhaltlichen Fehlleistungen, die den grundsätzlich hoch einzuschätzenden Wert der Publikation beeinträchtigen. Wenn Rumänien nicht nur einmal als katholisches Land bezeichnet (etwa 19 und 20) wird oder von orthodoxen Ordensbewegungen die Rede ist, stellt sich die Frage, wie tief die Herausgeberinnen in die für sie anscheinend fremde Materie vorgedrungen sind. Die unzähligen Tipp- und Grammatikfehler erwecken zudem nicht den Eindruck, dass formale Sorgsamkeit eines der leitenden Prinzipien bei der Herausgabe war.

Der von Hering herausgegebene und 2009 erschienene Band, der sich ganz den Problemen der Sozialarbeit in sozialistischer Zeit verschreibt, weist derartige Formmängel allerdings nicht mehr auf und ist professionell gestaltet. Auch dieser konnte in finanzieller Zusammenarbeit mit der Volkswagen-Stiftung und in inhaltlicher Kooperation mit dem „Network of Historical Studies on Gender und Social Work“ entstehen und inkludiert die DDR als zusätzliches, neuntes Untersuchungsland. Im Unterschied zum ersten Band nehmen Berichte aus den Untersuchungsländern den allergrößten Raum ein, während sich die Herausgeberin auf eine 13-seitige Einleitung beschränkt, in der sie die wichtigsten Fragestellungen und Ergebnisse skizziert.

Die wichtigsten Forschungsergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden: 1) Die sozialistischen Staaten konnten etliche grundlegende Probleme der sozialen Marginalisierung, die bis dahin als unlösbar gegolten hatten, beseitigen; dies betrifft in erster Linie die staatlichen Transferleistungen für Familien und Jugendliche sowie den kostenlosen Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen. Die sozialistischen Systeme schufen allerdings gleichzeitig eine Reihe von neuen Problemen. Die ideologischen Ziele von Vollbeschäftigung, Geschlechtergerechtigkeit und ein umfassendes Gesundheitssystem wurden durch repressive Mechanismen erkaufte, die Widerspenstigkeit und ideologischen Nonkonformismus zu bändigen trachteten. Behinderte und alte Menschen, die Unterstützung dringend benötigt hätten, blieben unbeachtet und wurden eher marginalisiert als bedarfsgerecht unterstützt. Das Konzept, die Sozialarbeit durch eine umfassende Sozialpolitik zu ersetzen, konnte deshalb nicht aufgehen, weil letztere bei Weitem nicht alle sozialen Probleme zu lösen imstande war, neue soziale Randgruppen entstehen ließ und einer professionellen Sozialarbeit in den meisten Ländern keine Aufmerksamkeit schenkte.

Die Beiträge aus Slowenien und Kroatien unterstreichen, dass Jugoslawien eine diesbezügliche Ausnahme darstellte. Das Land ging nicht nur ideologisch einen eigenständigen Weg, sondern verschloss sich auch nicht den Herausforderungen der sozialen Arbeit. In Ljubljana etwa wurde bereits 1955 mit einer zweijährigen Ausbildung von Sozialarbeitern und -arbeiterinnen begonnen und ihr Curriculum den Empfehlungen der Vereinten Nationen angepasst. Der relativ geringe Grad der politischen Repression ließ ab den 1960ern und 1970ern Frauenrechtsorganisationen und Jugendgruppen entstehen, die alternative Lebensstile forderten und auch praktizierten. Dies stellte die Sozialarbeit vor neue Herausforderungen.

Der Band beinhaltet eine Reihe von äußerst interessanten Beiträgen wie etwa jenen von ULF BRUNNBAUER und ANELIA KASSABOVA über Sozialismus, Sexualität und Heirat in Bul-

garien (35-54), den von MARIA ROTH über das Problem des Kinderschutzes in Rumänien (201-212) oder jene von VESNA LESKOŠEK über die Sozialarbeit in Slowenien (239-248) und MARINA AJDUKOVIĆ und VANJA BRANICA in Kroatien (249-264). Im Unterschied zu den übrigen sozialistischen Ländern konnten sich somit die ehemaligen jugoslawischen Länder eine Tradition der Sozialarbeit und, speziell Slowenien, in der Bevölkerung verankerte zivilgesellschaftliche Strukturen, die auf dem Gedanken des Gemeinwohls fußen, bewahren.

Etwa über dieselbe Zeitperiode entspannt sich das übersetzte Werk des Bourdieu-Schülers Loïc Wacquant unter dem deutschen Titel „Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit“; der Titel der in Paris erschienenen französischen Originalausgabe lautet „Punir les Pauvres. Le nouveau gouvernement de l'insécurité sociale“ (2004). Wacquant, ein in Berkeley lehrender Stadtsoziologe, der sich mit seinen Studien über die städtische Armut und zur Sozialtheorie einen Namen gemacht hat, setzt sich in der vorliegenden Arbeit mit der neoliberalen Regierungsideologie des „schlanken Staates“ auseinander. Die darin vorgebrachte These lautet, dass sich in den USA etwa um die Mitte der 1970er Jahre dieses Modell ideologisch durchzusetzen begann, seither immer größere Kreise zieht und auch vor Europa nicht haltmacht. „Schlanker Staat“ bedeutet nichts Anderes, als Rücknahme von staatlichen Sozialausgaben und Rückzug des Staates aus der Gestaltung der nationalen wie auch internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates in den zwischen Politik und Wirtschaft neu verteilten Machtrollen sei es, den Widerstand der durch diese Art des Regierens rasch zunehmenden Zahl an Marginalisierten im Zaum zu halten. Vor dem Hintergrund der USA beträfe dies in erster Linie die schwarze Bevölkerung. Das Mittel dazu sei ein immer dichter geknüpftes Netz einer zunehmend verschärften Strafgesetzgebung, die verstärkt auf das Mittel der Gefängnishaft zurückgreife. Neoliberales Regieren zeige somit ein janusköpfiges Gesicht: Auf wirtschaftlicher Ebene werden alle Schranken beseitigt, auf gesellschaftspolitischer Ebene die Gitter hochgezogen. Die Gewinner der neoliberalen Politik fühlen sich von der immer größer werdenden Zahl an Verlierern und Unzufriedenen bedroht und rufen den Staat auf, dieser Unsicherheit ein Ende zu bereiten, und der Staat reagiert tatsächlich mit einer Politik der Kriminalisierung kleinerer Vergehen und der Überwachung des öffentlichen Raums durch Polizei und private Observierungskörperschaften darauf. Wacquant erkennt darin nicht eine von oben bewusst herbeigeführte Konstellation, sondern ein Zusammenwirken von geleiteten und ungeleiteten Interessen, das nicht ganz zufällig im Strafsstaat gemündet habe.

In der Tat steigt die Inhaftierungsrate in den USA seit der Mitte der 1970er Jahre rasant an. Waren es im Jahr 1970 noch 96 Inhaftierte pro 100.000 Einwohner, so sind es mittlerweile bereits 751. Die USA liegen damit weltweit an der Spitze und ihre Gefängnisse platzen aus allen Nähten. Wacquants Gedankengang ist verlockend, und die Frage der Infizierung Europas mit dieser Politik, die der Autor andeutet, stellt sich unwillkürlich. Insbesondere im Hinblick auf den europäischen Osten, den die Politik des Neoliberalismus wesentlich härter trifft als Westeuropa, sollte diese These zu denken geben. Ein erster Blick auf die internationale Gefangenensstatistik scheint seine These zu erhärten. Russland liegt bereits an zweiter Stelle hinter den USA mit einem Wert von 713, Weißrussland (426) und die Ukraine (356) nehmen ebenfalls vordere Plätze ein. Aber die Entwicklungen sind weder linear noch eindimensional. In den USA ist es etwa Präsident Obama mittlerweile gelungen,

den Liberalismus im Gesundheitswesen durch staatliche Intervention einzudämmen. Die rasant steigenden Häftlingszahlen in den genannten osteuropäischen Ländern bedürften einer genaueren Interpretation, denn es ist gleichzeitig auffallend, dass die Häftlingsrate Luxemburgs (167) höher als jene Rumäniens (164) und Serbiens (104) ist.²

Die relativ hohen Gefangeneneraten im ehemaligen Herrschaftsbereich der Sowjetunion sind offenbar nicht Ausdruck eines wachsenden Unmuts der Marginalisierten. Es scheint eher so zu sein, dass die Bevölkerungen der postsozialistischen Länder die sozioökonomischen Verwerfungen der neoliberalen Politik (noch) geduldig hinnehmen, da sich ihnen keine Alternative bietet und ein Wiederaufleben des Sozialismus von einer großen Mehrheit abgelehnt wird. Unter diesem Aspekt kommt wieder die Frage der Ausgestaltung der Sozialarbeit ins Spiel. Die außerjugoslawischen Länder der postkommunistischen Sphäre mussten vor zwei Jahrzehnten die Sozialarbeit wieder neu erfinden. Ihr wird zweifellos in Zukunft ein größeres Augenmerk beizumessen sein als bisher. Eine mittlerweile bereits alte Diskussion wird diesen Prozess begleiten: Sozialarbeit als Reparaturanstalt unkontrollierter Profitinteressen oder als humanitäre Pflicht.

Graz

Karl Kaser

¹ Social Security Expenditure Database unter <<http://www.ilo.org/dyn/sesame/ifpses.socialdbexp>>, 29.6.2010.

² Daten unter <http://de.wikipedia.org/wiki/Gefängnisssystem_der_Vereinigten_Staaten#Ländervergleich>, 29.6.2010, und <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-19062009-AP/DE/3-19062009-AP-DE.PDF>, 29.6.2010.

David E. GOODLETT, Yugoslav Worker Emigration 1963-1973. Government Policy and Press Coverage. Lewiston, Queenston, Lampeter: The Edwin Mellen Press 2007. IX, 190 S., ISBN 978-0-7734-5398-2, £ 69,95

Die vorliegende Publikation hat eine ungewöhnliche Vorgeschichte. Der Autor führte, wie er selbst in der Einleitung schreibt, seine Auswertung von Zeitungen, Zeitschriften und Radiosendungen schon in den späten 1980er Jahren in der Belgrader Nationalbibliothek und im Archiv von Radio Free Europe in München durch und dürfte spätestens Anfang 1991 das Manuskript abgeschlossen haben. Er zieht zwar eine skeptische Bilanz zu Titos Lebenswerk und stellt fest, der Umgang mit der Krise in Jugoslawien habe weniger Gemeinsamkeiten mit dem Vorgehen der chinesischen Führung auf dem Tiananmen-Platz als mit Gorbatschows Reformpolitik (165-167), doch von der Auflösung Jugoslawiens und der UdSSR ist noch nirgendwo die Rede. Das ganz kurze Literaturverzeichnis über die Reihung der Medienartikel hinaus nennt ausschließlich englischsprachige Bücher zumeist aus den siebziger Jahren. Drei Werke von 1994, 1997 und 2006 wurden offensichtlich nachgetragen.

Im undatierten Vorwort von JOHN W. KIPP ist von „disintegration of Yugoslavia over the last two decades“ die Rede. Auch wenn man dies noch auf die Zeit der Nachfolgekriege